

„Schockiert über ignoranten Verhalten“

Berlin gewährt zwei kleine Zugeständnisse

Von unserem Redaktionsmitglied
Hansjörg Ebert

Remchingen. Als „Nullnummer“ bewertet die Remchinger Bürgerinitiative Ruhe jetzt das Ergebnis des Gesprächs im Bundesverkehrsministerium. Gemeinsam mit Remchingens Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon und Bauamtsleiter Udo Schneider waren Irmgard Zachmann und Till Siegenthaler von der BI nach Berlin gefahren, um beim Ausbau der A 8 einen besseren Lärmschutz für die Bürger von Nöttingen und Darmsbach zu erreichen. Doch sie

Bürgerinitiative über Ergebnis sehr enttäuscht

alle wurden bitter enttäuscht. Der zuständige Verkehrsstaatssekretär Norbert Barthle (CDU) lehnte sämtliche Vorschläge für einen aktiven Lärmschutz ab. Lediglich zwei Zugeständnisse konnte die Delegation aus Remchingen erreichen: eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 120 statt 130 auf der besagten Strecke und eine Verlängerung des östlichen Lärmschutzwalls bis zur Klosterwegbrücke im Ranntal. Und in 15 Jahren könne man laut Barthle nochmals über einen Flüsterasphalt reden.

„Wir sind schockiert über das ignorante Verhalten des Staatssekretärs und dessen Argumentation, es gäbe für die Verbesserung des Lärmschutzes keine Gesetzgebung, die es ermögliche zu handeln.“ Für Zachmann ist dies ein Witz, denn die einzuhaltenden Grenzwerte sind geltendes Recht, an das sich auch eine Bundesbehörde halten müsste. Tut sie aber nicht. Besonders ärgerlich sei,

dass die Verantwortlichen ihre eigenen Fehler nicht sehen und auch nicht eingestehen, sondern vielmehr dem Bürger die Schuld zuschieben. „Wir hätten uns zu spät gemeldet, hieß es, dabei war noch genügend Zeit, die Fehler zu korrigieren“, stellt die BI-Sprecherin richtig, die mit ihren Mitstreitern seit drei Jahren für einen besseren Lärmschutz an der A 8 kämpft.

Sie erinnert daran, dass bereits bei der Planfeststellung die Lärmschutzgrenzwerte an 134 Gebäuden um bis zu 5 dB überschritten waren. Mittlerweile habe sich herausgestellt, dass

dies bei 287 Gebäuden der Fall ist und rund 1 000 Bürger unter einer zu hohen Lärmbelastung zu leiden haben. Die angebliche „Halbierung des Lärms“ entpuppte sich als immer noch viel zu hohe Lärmbelastung.

Dabei hatten Bürgerinitiative und Gemeinde konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation eingereicht. Doch die wurden alle vom Tisch gewischt, ein besserer aktiver Lärmschutz rundum abgelehnt. Dazu zählt die vorgeschlagene Mittelwand auf der Brücke, die angeblich technisch nicht machbar sei. Dazu zählt auch die Erhöhung der Lärmschutzwälle direkt an der Trasse – abgeschmettert mit der gleichen Begründung. Und auch für das Aufbringen von lärminderndem Asphalt auf der Südtrasse von der Klosterwegbrücke bis Mutschelbach, die noch nicht geteert sei, ging der Daumen nach unten. Schließlich war sogar der Vorschlag eines Tempolimits auf 100 mit der Begründung



TEMPO 120 RUND UM DIE UHR soll die Bürger von Nöttingen und Darmsbach vom Autobahnlärm entlasten. Aktive Schallschutzmaßnahmen lehnt das Bundesverkehrsministerium rundweg ab, der östliche Lärmschutzwall wird verlängert. Foto: PK

abgelehnt worden, dies sei ein unzulässiger Eingriff in die Belange Dritter. Und auch eine faire Kosten-Nutzen-Rechnung sei wegen angeblicher Unverhältnismäßigkeit abgelehnt worden.

Als düftig bezeichnet auch Remchingens Bürgermeister Luca Wilhelm Prayon das Ergebnis der Berlinreise. Es blei-

be das schale Gefühl zurück, dass der Bund dem Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger nicht die gebotene Bedeutung beimisst“, erklärte das Gemeindeoberhaupt.

Wie geht es nun weiter? „Wir werden uns mit der Gemeinde zusammensetzen und besprechen, was zu tun ist“, sagt In-

geborg Zachmann. Zu überlegen sei auch, ob es sinnvoll sei, den Weg einer Klage zu gehen. „Es ist schlimm, wenn ein Bürger vor Gericht gehen muss, um den Schutz zu bekommen, der ihm eigentlich von Gesetzes wegen zusteht, bringt Zachmann das aktuelle Befinden auf den Punkt.“